Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Sessionsvorschau

Nationalrat Wintersession 2026

Publikationsdatum: 18.11.2026



Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Nationalrat Wintersession 2026		4
26.054 - Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038	**Annahme**	4
24.472 - Stärkung der Agglomerationsprogramme	**Annahme**	5
26.023 - Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)»	**Annahme**	6
26.425 - Verfassungsanpassung betreffend die Bilateralen III	**Ablehnung**	7
Impressum		8

Editorial

Die Städte sind als Zentren von Wirtschaft, Forschung, Innovation, Bildung und Kultur auf stabile Beziehungen mit der Europäischen Union angewiesen. In der Wintersession entscheidet der Nationalrat über das Geschäft 26.023 «Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)». Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, dem Paket zuzustimmen und die parlamentarische Initiative 26.425 «Verfassungsanpassung betreffend die Bilateralen III» abzulehnen. Das Ständemehr weicht vom demokratischen Grundsatz der Stimmrechtsgleichheit ab und bedarf daher einer besonderen Rechtfertigung. Diese ist laut Verfassung für ein Vertragspaket nicht vorgesehen.

Zudem liegt mit der parlamentarischen Initiative 24.472 ein Anliegen zur Stärkung der Agglomerationsprogramme auf dem Tisch, das aus Sicht des Städteverbands eine Unterstützung bedarf. Starke Agglomerationsprogramme entscheiden mit, ob die Schweiz ihre Verkehrs- und Klimaziele erreicht.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Monika Litscher
Direktorin



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz
Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der Schweizerische Städteverband setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.

Nationalrat Wintersession 2026

26.054 Geschäft des Bundesrates
Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038

Mittwoch, 2. Dezember 2026 - Ständerat
Donnerstag, 3. Dezember 2026 - Nationalrat
Donnerstag, 10. Dezember 2026 - Ständerat
Dienstag, 15. Dezember 2026 - Nationalrat
Donnerstag, 17. Dezember 2026 - Ständerat
Freitag, 18. Dezember 2026 - Nationalrat
Freitag, 18. Dezember 2026 - Ständerat

Position: Die Vorlage regelt, wie der Bund die Kandidatur, die Vorbereitung und die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 in der Schweiz unterstützt.

Für die Städte sind die Spiele eine wichtige Gelegenheit, die internationale Ausstrahlung des Landes zu stärken, den Tourismus und die regionale Wirtschaft zu beleben sowie den Sport und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Dank dem dezentralen Modell profitieren mehrere Regionen vom Anlass, und es können vorrangig bestehende Infrastrukturen genutzt werden. Wichtig ist, dass der Anlass nachhaltig ausgerichtet ist und den beteiligten Regionen einen langfristigen Nutzen bringt.

Die Städte unterstützen die Vorlage sowie die Anpassungen der Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S). Sie begrüssen insbesondere die strengeren Bestimmungen zu der finanziellen Absicherung und die Klärung der Beteiligung von Kantonen und Gemeinden: Diese sollen sich an den Vorbereitungs- und Durchführungskosten ausschliesslich finanziell beteiligen. Die Präzisierungen grenzen die Verpflichtungen der öffentlichen Hand klarer ab und verbessern die finanzielle Planbarkeit für die beteiligten Partner.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, den Bundesbeschluss in der Fassung der WBK-S anzunehmen.

24.472 Parlamentarische Initiative Töngi (G/LU)
Stärkung der Agglomerationsprogramme

Donnerstag, 3. Dezember 2026 - Nationalrat

Position: Die parlamentarische Initiative verlangt, den Anteil der Mittel aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) für das Programm Agglomerationsverkehr (PAV) zu erhöhen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-N) hält mit 14 zu 9 Stimmen daran fest, der Initiative Folge zu geben, nachdem ihre Schwesterkommission nicht zugestimmt hatte.

Die aktuellen verkehrspolitischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen – Ablehnung der Autobahnausbauten, knappe Mittel im BIF, wachsende Mobilitätsbedürfnisse in den Agglomerationen – sprechen dafür, die Agglomerationsprogramme gezielt auszubauen und zu stärken. Die Evaluationen des Bundes, der Kantone und der Städte ebenso wie das ETH-Gutachten «Verkehr '45» zeigen auf, dass die Projekte aus den Agglomerationsprogrammen punkto Wirkung sehr positiv abschneiden. Dies gilt insbesondere für die Tram- und Busprojekte.

Der aktuelle Finanzierungsrahmen von 9 bis 12 Prozent des NAF reicht in den nächsten Jahren nicht aus, um alle sinnvollen und notwendigen Projekte aus den Agglomerationsprogrammen zu realisieren. Eine Aufstockung ist folgerichtig. Sie schafft die finanzielle Voraussetzung für eine noch stärkere Förderung von schienengebundenen Verkehrsmitteln über den NAF, wie es die parlamentarische Initiative 25.449 fordert. Die Stärkung der Agglomerationsprogramme führt zu einer Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr. Diese Verlagerung trägt wirksam zur Entschärfung der Engpässe auf dem Strassennetz in den Agglomerationen bei, zugleich unterstützt sie die Erreichung der verkehrs-, energie- und klimapolitischen Ziele der Städte, der Kantone und des Bundes.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, der parlamentarischen Initiative gemäss dem Antrag der KVF-N Folge zu geben.

26.023 Geschäft des Bundesrates
Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)»

Montag, 7. Dezember 2026 - Ständerat
Montag, 7. Dezember 2026 - Nationalrat
Dienstag, 8. Dezember 2026 - Nationalrat
Donnerstag, 10. Dezember 2026 - Nationalrat
Montag, 14. Dezember 2026 - Nationalrat
Dienstag, 15. Dezember 2026 - Nationalrat
Mittwoch, 16. Dezember 2026 - Nationalrat

Position: Das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» konsolidiert und entwickelt den bilateralen Weg weiter. Zudem umfasst es neue Abkommen in den Bereichen Strom, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie institutionelle Elemente wie dynamische Rechtsübernahme und Streitbeilegung.

Die Schweizer Städte sind als Zentren von Wirtschaft, Forschung, Innovation, Bildung und Kultur auf stabile Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) angewiesen. Die Fortführung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge sind für die Städte daher unabdingbar. Die ausgehandelten Binnenmarkt- und Kooperationsabkommen ermöglichen eine gezielte Teilhabe in zentralen Interessenbereichen und schaffen einen dauerhaften und berechenbaren Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Personenfreizügigkeit ist für die Städte auch von grosser Bedeutung. Sie unterstützen eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung mit wirksamem Lohnschutz. Die im Rahmen des Pakets vereinbarte Schutzklausel wird begrüsst. Dabei ist von allfälligen Verschärfungen, u. a. Abgabe, Prüfpflicht und Strafregisterauszug, wie sie im Ständerat diskutiert worden sind, abzusehen.

Auch die Mitwirkungsrechte bei der dynamischen Rechtsübernahme und der Streitbeilegungsmechanismus werden positiv beurteilt. Sie schaffen einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für die Beziehungen zur EU.

Bei der Referendumsfrage gilt es, wie verfassungsrechtlich verbrieft, den Stabilisierungsteil des Pakets Schweiz–EU dem fakultativen Referendum zu unterstellen und dem verfassungskonformen und demokratiepolitisch korrekten Vorschlag des Bundesrates zu folgen.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» anzunehmen und dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

26.425 Parlamentarische Initiative Staatspolitische Kommission Ständerat (SPK-S)
Verfassungsanpassung betreffend die Bilateralen III

Montag, 7. Dezember 2026 - Nationalrat
Dienstag, 8. Dezember 2026 - Nationalrat
Donnerstag, 10. Dezember 2026 - Nationalrat
Montag, 14. Dezember 2026 - Nationalrat
Dienstag, 15. Dezember 2026 - Nationalrat
Mittwoch, 16. Dezember 2026 - Nationalrat

Position: Die parlamentarische Initiative zielt darauf ab, in der Bundesverfassung eine Übergangsbestimmung zu verankern, wonach die Zustimmung zu den neuen Verträgen mit der EU («Bilaterale III») neben dem Volksmehr auch das Ständemehr erfordert. Der Ständerat hat diesen Teil der parlamentarischen Initiative in der Herbstsession angenommen. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hatte der Initiative im Juni mit 15 zu 9 Stimmen keine Folge gegeben. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) ist nicht auf die Vorlage zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative eingetreten.

Der Schweizerische Städteverband teilt die Einschätzung des Bundesrates, wonach die Bundesverfassung in ihrer heutigen Form ein fakultatives Referendum über das Vertragspaket vorsieht.

Nebst verfassungsrechtlichen Gründen wird die Stimmrechtsgleichheit in Frage gestellt: Die Forderung nach einem doppelten Mehr erhöht die Zustimmungshürde und ist auch aus demokratischer Sicht problematisch, weil das Ständemehr die Stimmen der Bevölkerung je nach Kanton unterschiedlich gewichtet. Kleine Kantone haben im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung ein deutlich höheres Gewicht als grosse Kantone.

Empfehlung: Aus verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Überlegungen empfiehlt der Schweizerische Städteverband die Ablehnung der parlamentarischen Initiative.

Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
LinkedIn